

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



GRÜN SOZIAL

DIE WÄRMEWENDE IN DEN KOMMUNEN

GERECHT



WÄRME FÜR ALLE

BEZAHLBAR UND KLIMAFREUNDLICH

Engagierter Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. Viele Menschen haben das verstanden und wollen ihren Beitrag dazu leisten. Zahlreiche Kommunen, politische Entscheidungsträger*innen und Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht und arbeiten an konkreten Lösungen. Auch in unseren eigenen vier Wänden können wir zum Klimaschutz beitragen. Anders heizen, besser dämmen – damit schützen wir nicht nur das Klima, sondern auch uns selbst vor steigenden Energiekosten.

Das Ziel ist bezahlbare und klimafreundliche Wärme für alle vor Ort. Wichtig ist, dass Kommunen, Haushalte und Unternehmen dabei gut zusammenarbeiten. Mit vereinten Kräften schaffen wir die Wärmewende.

The image shows three green, textured pillars of varying heights standing on a wooden floor. The background consists of abstract, flowing green and yellow shapes. The pillars are labeled with white text: 'HEIZUNGSTAUSCH' on the left, 'KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG' on the middle, and 'FÖRDERUNG' on the right.

HEIZUNGSTAUSCH

KOMMUNALE
WÄRMEPLANUNG

FÖRDERUNG

Die drei Säulen der Wärmewende

Wir Grüne im Bundestag haben als Teil der Regierungskoalition den gesetzlichen Rahmen für die Wärmewende geschaffen. Diese ruht auf drei Säulen:

1. **KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG**
2. **HEIZUNGSTAUSCH**
3. **SOZIAL GESTAFFELTE FÖRDERUNG**

Mit diesen drei Säulen gelingt es, den Umstieg auf klimafreundliches und auch zukünftig bezahlbares Heizen zu beschleunigen, die Bürger*innen finanziell dabei zu unterstützen und so das Klima zu schützen. Damit wird die Wärmewende für jede*n überall machbar. Nicht zuletzt werden wir unabhängiger von fossilen Energieträgern und damit verbundenen Preissprüngen.

I **Kommunale Wärmeplanung** steckt den Rahmen ab

Ein Eckpfeiler der Wärmewende ist die kommunale Wärmeplanung (KWP). Es geht darum, alle ins Boot zu holen für bezahlbare, grüne Wärme vor Ort. Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltungen sollen alle notwendigen Informationen erhalten, wie sie ihre Wohnungen und Gebäude in Zukunft am sinnvollsten heizen können. Das gibt ihnen die nötige Planungs- und Investitionssicherheit, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die kommunale Wärmeplanung umfasst mehrere Schritte. Bürger*innen erfahren, was in ihrem Quartier geplant ist bzw. ob Fern- oder Nahwärmeleitungen vorgesehen sind. Denn diese infrastrukturellen Voraussetzungen sind entscheidend dafür, welche Heizarten Sinn machen.



Foto: Picture-Alliance

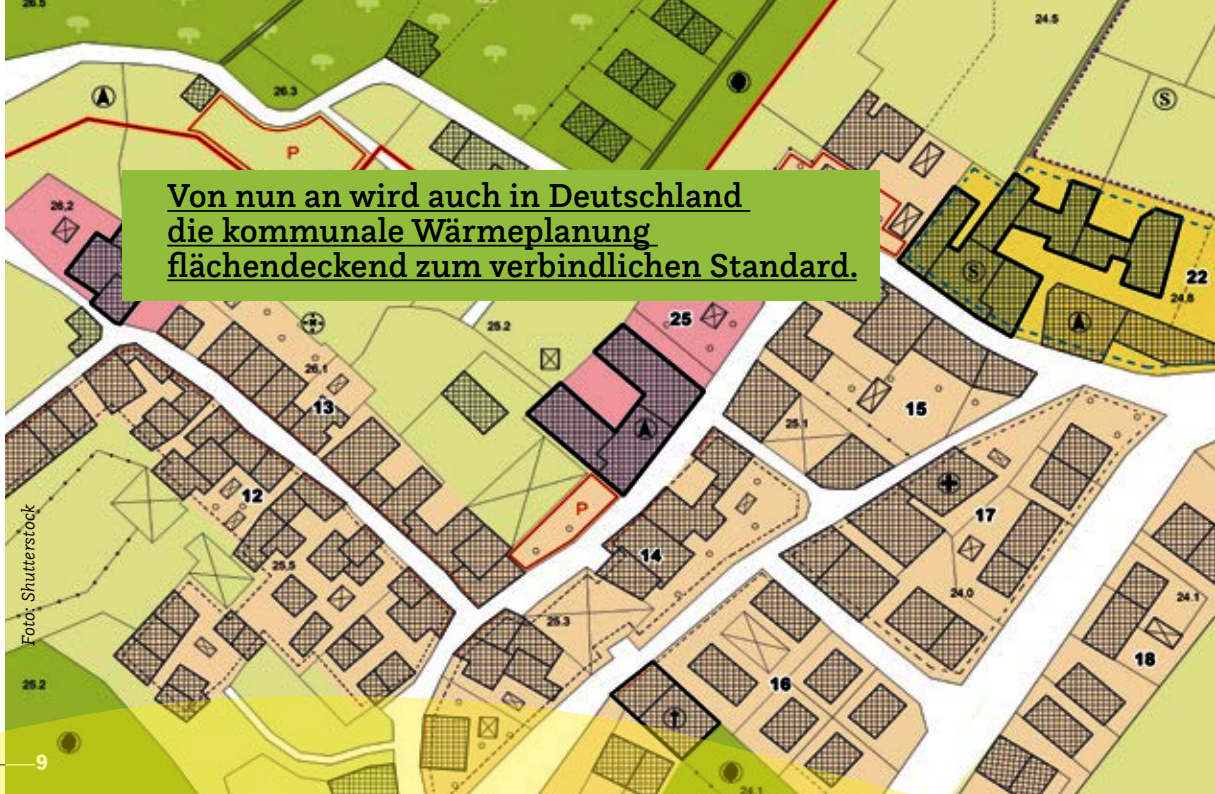
Wenn bestimmte Technologien für ein Quartier oder einen Ort direkt ausscheiden, wird dort nur eine verkürzte Wärmeplanung durchgeführt. Ansonsten steht eine vollständige Wärmeplanung an. Diese ermittelt den aktuellen Wärmebedarf, zeigt die Potenziale erneuerbarer Wärme auf und entwickelt Zielszenarien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Daraus folgt eine detaillierte Beschreibung, welche Heizungsart sich vor Ort am besten eignet. Darüber hinaus werden konkrete Maßnahmen zur Umsetzung in der Kommune empfohlen.

Bauarbeiten an einer neuen Fernwärmeleitung zur Nutzung von Abwärme aus einem Industriebetrieb in Düsseldorf.

Wärmeplanung: gelebte Praxis

Von nun an wird auch in Deutschland die kommunale Wärmeplanung flächendeckend zum verbindlichen Standard. Der Bund fördert sie über die allgemeinen Mittelzuweisungen an die Bundesländer. Kommunen, die auf der Grundlage eines entsprechenden Landesgesetzes eine kommunale Wärmeplanung beauftragen, bekommen die Kosten dafür im Rahmen des Finanzausgleichs erstattet.

Wärmeplanung ist keine neue Idee, sondern in einigen Bundesländern bereits gelebte Praxis. Zu den Vorreitern gehören Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Viele Kommunen haben hier bereits erfolgreich Wärmepläne erstellt, vom Landkreis Lörrach bis zur Landeshauptstadt Hannover. Im europäischen Ausland ist Dänemark ein großes Vorbild. Unsere skandinavischen Nachbarn haben die Wärmeplanung schon in den 80er Jahren verpflichtend für die Kommunen eingeführt und damit den Weg für eine bezahlbare, grüne Wärme der Zukunft geebnet.



Von nun an wird auch in Deutschland die kommunale Wärmeplanung flächendeckend zum verbindlichen Standard.



Erneuerbare Wärmenetze

Parallel zur Wärmeplanung nehmen der Ausbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetze Gestalt an. Das Wärmeplanungsgesetz macht dafür stufenweise Vorgaben, um den Anteil erneuerbarer Energien in Wärmenetzen zu erhöhen. Die Betreiber der Versorgungsanlagen werden zugleich verpflichtet, bis Ende 2026 Fahrpläne für die Transformation der Netze und die Verringerung des Anteils fossiler Energieträger zu erstellen. So gibt es für jedes Wärmenetz einen klar beschriebenen Weg zur Klimaneutralität spätestens im Jahr 2045. Der Bund fördert sowohl die Pläne als auch die Umstellung auf grüne Energien in Wärmenetzen über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW).

Ein Kollektorfeld bei Schleswig: Es soll ein 8.000 Quadratmeter großes Quartier mit Nahwärme versorgen und damit zu einer sparsamen und effizienten Nutzung von Energie beitragen.

II • Klimafreundlich und günstig heizen: das neue Gebäudeenergiegesetz

Das reformierte Gebäudeenergiegesetz (GEG, auch als „Heizungsgesetz“ bekannt) schafft die Grundlage für den Umstieg auf zukunftsfähiges, klimafreundliches und bezahlbares Heizen. Damit können Bürger*innen, deren Wohnhäuser nicht an Fernwärme angeschlossen sind, die Wärmewende selbst gestalten.

Der Kern des Gesetzes lässt sich in zwei Sätzen beschreiben: Neue Heizungen müssen mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer

Energie betrieben werden können. Funktionierende Heizungen brauchen nicht vor Ablauf ihrer Lebensdauer ausgebaut zu werden. Damit wird niemand überfordert: Generell gilt das Gesetz unter dem Vorbehalt, dass die Vorgaben weder wirtschaftlich noch anderweitig unzumutbar sind. Und es gelten unterschiedlich lange Übergangsfristen. Wann die 65-Prozent-Regel in Kraft tritt, hängt von den Bedingungen vor Ort ab.

Foto: Paul Langrock/taif

Generell gilt das Gesetz unter dem Vorbehalt, dass die Vorgaben wirtschaftlich zumutbar sind.

Etappen des Gebäudeenergiegesetzes und der kommunalen Wärmeplanung

GEG

2024

KWP

Jan 2024: Mindestens 65% erneuerbare Energien beim Einbau neuer Heizungen in Neubaugebieten verpflichtend

Juni 2026: Mindestens 65% erneuerbare Energien beim Einbau neuer Heizungen im Bestand in großen Kommunen

Juni 2028: Mind. 65% erneuerbare Energien beim Einbau neuer Heizungen im Bestand in allen Kommunen – unabhängig davon, ob eine Wärmeplanung vorliegt

Juni 2028: Gasverteilnetzbetreiber und die für die Wärmeplanung zuständige Stelle brauchen einen mit Zwischenzielen versehenen, verbindlichen Fahrplan für die bis zum Ablauf des 31. Dez. 2044 zu vollendende Umstellung der Netzinfrastruktur

Jan 2029: Zwischen 1.1.2024 und 30.6.2026 eingebaute fossilen Heizungen müssen steigenden Anteil an Biomethan oder grünen/blauen Wasserstoff nutzen

Jan 2045: Ende der Nutzung von fossilen Energieträgern im Gebäudebereich

Juni 2026: Frist für Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen für die Erstellung von Wärmeplänen

März 2025: Neue Wärmenetze* müssen zu mindestens 65% aus erneuerbaren Energien gespeist werden

Jan 2027: Wärmenetzbetreiber von Netzen, die noch nicht vollständig dekarbonisiert sind, müssen für ihr Wärmenetz einen Wärmenetzausbau und -dekarbonisierungsfahrplan erstellen

Jan 2030: Bestehende Wärmepläne müssen spätestens hier das erste Mal evaluiert und ggf. fortgeschrieben werden

Juni 2028: Frist für Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohner*innen für die Erstellung von Wärmeplänen

Jan 2045: ALLE Wärmenetze müssen zu 100% aus erneuerbaren Energien, betrieben werden

Jan 2040: Bestehende und neue* Wärmenetze müssen zu 80% aus erneuerbaren Energien gespeist werden

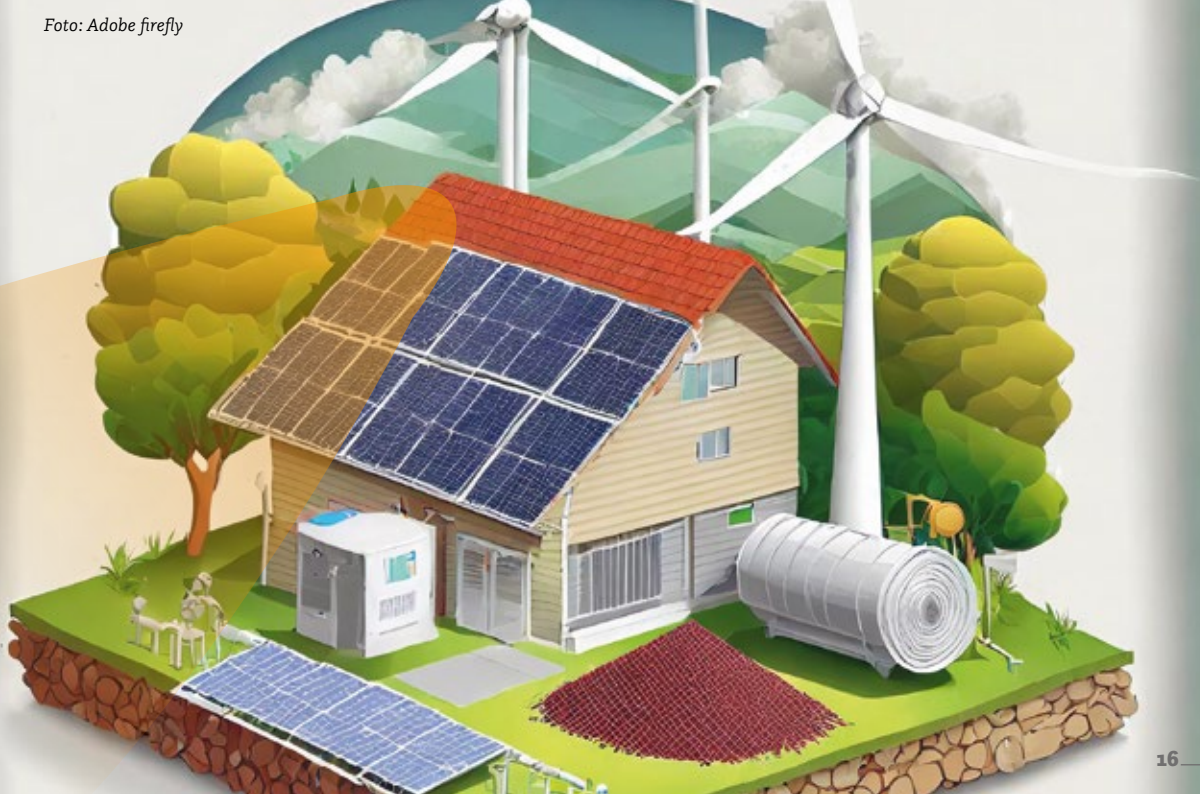
* Inbetriebnahme nach dem 31.12.2023

2030

2035

2040

2045



Viele Heizungssysteme führen zum Ziel

Um eine Heizung mit 65 Prozent erneuerbarer Energie zu betreiben, gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten – von der Wärmepumpe bis zu Wärmenetzen, von Stromdirektheizungen über Solarthermie bis zur Biomasse. Auch Hybridheizungen sind eine Option. Dabei werden mehrere Wärmequellen miteinander kombiniert, zum Beispiel ein Gasbrenner mit Solarthermie.

In den Übergangsphasen ist es zwar noch zulässig, neue Gas- und Ölheizungen in Wohngebäude einzubauen, allerdings unter Auflagen. Bei diesen Heizungen muss ab 2029 ein steigender Mindestanteil für grüne Brennstoffe genutzt werden. Für die allermeisten dürfte es jedoch sinnvoller und am Ende kostengünstiger sein, gleich eine neue Heizung nach den Vorgaben des GEG einzubauen und die öffentliche Förderung dafür in Anspruch zu nehmen. Falls übergangsweise eine fossile Heizung eingebaut werden soll, ist eine Pflichtberatung durch eine sachkundige Person vorgeschrieben. Dadurch sollen Kostenfallen für Verbraucher*innen vermieden werden.

Breite Förderung – Heizungs- tausch für alle bezahlbar

III

Unser Anspruch und Ziel ist es, die Wärmewende sozial gerecht zu gestalten. Dazu gehört auch, den Heizungstausch für alle bezahlbar zu machen. Das lösen wir mit der neuen Bundesförderung für effiziente Gebäude für Einzelmaßnahmen (BEG EM) ein. Damit werden Maßnahmen gefördert wie etwa der Einbau einer neuen Heizung, die Dämmung von Außenwänden oder neue, gut isolierende Fenster.

Besonders wichtig war uns, dass jede und jeder die Investition in eine klimafreundliche Heizung stemmen kann. So trägt der Staat bis zu 70 Prozent der Investitionskosten einer neuen Heizung. Bis zu 20 Prozent übernimmt er für Maßnahmen wie Außenwanddämmung oder neue, gut isolierende Fenster. Für den Restbetrag gibt es zusätzlich zinsvergünstigte Kredite für alle, die sie brauchen.



Wer wird wie gefördert?

- **Grundförderung:** Eine **Grundförderung von 30 Prozent** der Investitionssumme für die neue Heizung im Einfamilienhaus beziehungsweise die erste Wohneinheit im Mehrfamilienhaus ist die Basis. Sie steht nach der neuen Förderrichtlinie allen privaten Hauseigentümer*innen und Vermieter*innen, Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen, Kommunen sowie Contractoren zu. Dabei ist die förderfähige Investitionssumme für die erste Wohneinheit **auf 30.000 Euro begrenzt**. Für weitere Wohneinheiten sind die Höchstsummen gestaffelt.
- Selbstnutzende Eigentümer*innen können darüber hinaus weitere Förderungen erhalten: **20 Prozent** gibt es zusätzlich als **Klimageschwindigkeits-Bonus** für den frühzeitigen Austausch besonders ineffizienter alter Heizungen.
- Die soziale Komponente in der Förderung ist der **einkommensabhängige Bonus**; er beträgt **30 Prozent** der Investitionssumme für die neue Heizung. Anspruch darauf haben Haushalte mit bis zu 40.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen.

- Alle können auch einen **Innovationsbonus von 5 Prozent** beim Einbau besonders fortschrittlicher Wärmepumpen beantragen; für besonders saubere Biomasseheizungen gibt es einen Zuschlag von **2.500 Euro**.
- Alle Boni sind miteinander kombinierbar, allerdings ist die **Höchstfördersumme** für selbstnutzende Eigentümer*innen **auf 21.000 Euro (70 Prozent der Investitionssumme) begrenzt**.
- **Kredite:** Damit die Finanzierung der Restsumme nicht scheitert, können Haushalte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 90.000 Euro für den Heizungstausch und ergänzende Effizienzmaßnahmen einen **zinsvergünstigten Ergänzungskredit von maximal 120.000 Euro** erhalten.
- **Weitere Zuschüsse:** Ergänzend zum Heizungstausch sind häufig weitere **Effizienzmaßnahmen** sinnvoll. Für solche Investitionen wie die Dämmung der Gebäudehülle, neue Anlagentechnik oder Optimierung der Heizungsanlage gibt es weiterhin Zuschüsse **von bis zu 20 Prozent** auf eine Investitionshöchstsumme von bis zu 60.000 Euro pro Wohneinheit.



Auch bei den Mieter*innen kommt die neue Förderung an.

Denn Vermieter*innen dürfen den geförderten Anteil ihrer Investitionen nicht über die Miete umlegen. Außerdem gibt es beim Heizungstausch **eine Kappungs-
grenze der Modernisierungsumlage von 0,50 Euro pro Quadratmeter**. Damit kommen die neue Heizung und bessere Effizienzwerte auch den Mieter*innen zugute.

Sanierung lohnt sich, hier:
die Bruno-Lorenzen-Schule in Schleswig.
Foto: Picture-Alliance



Auch Kommunen profitieren

Auch Kommunen sind förderungsberechtigt. Ihnen steht sowohl die Grundförderung von **30 Prozent auf einen Heizungstausch** zu als auch die Förderung von bis zu **20 Prozent für Effizienzmaßnahmen**. Das können sie gut gebrauchen. Die Betriebskosten für Schulen, Verwaltung und andere kommunale Liegenschaften gehen ins Geld. Es lohnt sich also, diese Gebäude energetisch zu sanieren und die technische Gebäudeausrüstung auf den neuesten Stand zu bringen.

So ein Update steigert nicht nur den Immobilienwert, es spart vor allem Energie und senkt so die laufenden Kosten deutlich und dauerhaft. Bei so manchen öffentlichen Einrichtungen, die uns lieb und teuer sind – von der Bibliothek bis zum Schwimmbad – kann das den entscheidenden Unterschied machen!

Wann geht's los?

- — Heizungstausch: Ende Februar 2024 ist das neue Förderportal der KfW-Bank an den Start gegangen und seitdem von Privatleuten für Einfamilienhäuser nutzbar.
- — Andere Einzelmaßnahmen können bereits von allen Antragsberechtigten beantragt werden.

Wo kann die Förderung beantragt werden?

- — Einzelmaßnahmen außer Heizungstausch: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- — Heizung und Kredit: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Gut zu wissen: Auch weiterhin können die Bundesförderungen für effiziente Gebäude (BEG) für Wohngebäude und für Nichtwohngebäude bei Sanierungen auf einen Effizienzhaus-Standard in Anspruch genommen werden. Dabei gilt: Je höher die Energieeinsparung, desto mehr Förderung ist drin. Boni gibt es außerdem für den Einsatz erneuerbarer Energien, nachhaltige Bauausführungen, serielle Sanierungen und Gebäude, die vorher zu den energetisch schlechtesten zählten.

Wer berät mich?

- — Bei allen Fragen rund um die kommunale Wärmeplanung ist das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) die erste Anlaufstelle: www.kww-halle.de.
- — Umfangreiche Beratungsangebote bietet das Portal www.energiewechsel.de, darunter einen Heizungswegweiser für Haushalte und Informationen zu Förderungen für kommunale Akteure wie die BEG.

Fazit:

Mit vereinten Kräften schaffen wir die Wärmewende – für ein warmes Zuhause mit grüner Wärme für alle!

NOCH FRAGEN?

20/31

ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de/waermewende

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 20/9344 Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen zum Wärmeplanungsgesetz
- 20/7619 Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen zum Gebäudeenergiegesetz

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Karoline Otte MdB

Bernhard Herrmann MdB

Kassem Taher Saleh MdB

Fachbereich 2 – Ökologie
Umwelt, Natur und Verbraucher*innen, Klima & Energie, Ernährung, Landwirtschaft & Tierschutz, Mobilität, Bauen, Wohnen, Kommunales & Tourismus

TEL 030 227 56789
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: St. Kaminski,
Stand: März 2024, Titelfoto: Firefly